



HESSISCHER LANDTAG

HHA

Änderungsantrag

Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Drucksache 20/1407

Inhalt des Antrags: **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

Einzelplan 07 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 15 Allgemeine Bewilligungen Verkehr
Buchungskreis: 2695

Produktnummer lt. Leistungsplan 80 neu

Bezeichnung lt. Leistungsplan Zuweisungen an die Kommunen/ Wegfall der Straßenausbaubeiträge

| <u>Leistungsplan:</u> | Veränderung | | |
|-------------------------|-----------------------------|-----------|----------|
| | von | um | auf |
| | Beträge in 1.000 EUR | | |
| Gesamtkosten | 0,0 | +60.000,0 | 60.000,0 |
| Produktabgeltung | 0,0 | +60.000,0 | 60.000,0 |

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Erhebung von Beiträgen für die Erneuerung und Sanierung von Straßen stellt viele Beitragspflichtige angesichts der hohen Beitragsforderungen vor große finanzielle Probleme. Auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen soll deshalb künftig verzichtet werden. Die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Städte und Gemeinden erhalten aus originären Landesmitteln Sonderzuweisungen für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge in Höhe von 60 Millionen Euro. Der Betrag übertrifft die vom Innenministerium ermittelten Ausfallbeträge der hessischen Kommunen für den Wegfall von Straßenausbaubeiträgen von 39 Millionen Euro in erheblichem Maße. Zudem entfällt durch die Abschaffung der Beiträge nicht unerheblicher Verwaltungsaufwand für die Abrechnung gegenüber den Beitragsschuldnern.

Wiesbaden, 15.01.2020

Für die Fraktion
der SPD
Die Fraktionsvorsitzende:

Nancy Faeser